

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article

Kurz kommentiert: IWF - Entwicklungspolitik - Konjunkturpolitik - Innerdeutscher Handel - EG

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1977) : Kurz kommentiert: IWF - Entwicklungspolitik - Konjunkturpolitik - Innerdeutscher Handel - EG, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 9, pp. 433-434

This Version is available at:

<http://hdl.handle.net/10419/135107>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IWF

Neue Fazilität

Der Internationale Währungsfonds (IWF) erhält eine weitere, nach seinem geschäftsführenden Direktor Witteveen benannte Fazilität über zunächst 8,5 Mrd. Sonderziehungsrechte (SZR). Diese Mittel sollen für Zahlungsbilanzkredite an Staaten mit besonders gravierenden Zahlungsbilanzproblemen vergeben werden.

Nun konnte der IWF allein in den letzten drei Geschäftsjahren den Spielraum für seine Kredite an zahlungsbilanzschwache Staaten um 22 Mrd. SZR ausweiten. Das geschah nicht nur durch die Aufstockung der bestehenden Kreditmechanismen, sondern auch durch die Einführung neuer Instrumente. Zu ihnen gehörte u. a. die 1974 eingerichtete erweiterte Fondsfazilität, die mit der Witteveen-Fazilität nahezu identisch ist. Das alles kann berechtigte Zweifel an der Notwendigkeit der neuen Fazilität wecken. Zu bedenken ist aber, daß der Kreditspielraum des IWF keineswegs so groß ist, wie die vorhandenen Ziehungsmöglichkeiten vielleicht vermuten lassen. Er ist vielmehr auf den Bestand an konvertiblen Währungen begrenzt, die in letzter Zeit z. T. bedenklich knapp geworden sind.

Zusätzliche allgemein verwendbare Mittel waren für den IWF bisher nur über eine immer sehr langwierige allgemeine Quotenerhöhung oder durch Sonderkreditabkommen wie die Ölfazilität und jetzt die Witteveen-Fazilität zu bekommen. Eine grundlegende Änderung ist hier erst von der bevorstehenden Revision des IWF-Abkommens zu erwarten. Mit der Ratifizierung verpflichtet sich jedes Mitglied, die eigene Währung für Zwecke des IWF verwendbar zu machen. Die Liquidität des IWF wird sich dadurch beträchtlich erhöhen und Sonderkreditabkommen auf absehbare Zeit entbehrlich machen. Die Witteveen-Fazilität ist also nur eine Übergangsmaßnahme, und als solche wurde sie auch konzipiert. kb

Entwicklungspolitik

Geh'n Sie mit der Konjunktur!

Bei der Verteilung der angekündigten Milliarden zur Ankurbelung der schwach und schwächer werdenden Konjunktur möchte auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) zumindest mit einigen hundert Millionen dabei sein. Die Begründung für die Konjunkturwirksamkeit der

Entwicklungsausgaben schien schnell gefunden. Zwischen 60 % und 80 % der deutschen Kapitalhilfekredite schlagen sich nämlich wieder in Aufträgen für die deutsche Wirtschaft nieder. Warum also nicht die Kapitalhilfe erhöhen und auf diese Weise Arbeitsplätze sichern?

Leider lassen sich diese zwei Fliegen nicht mit einer Klappe schlagen. Denn bei ungebundener Vergabe der Kapitalhilfe konzentriert sich der Auftragsrücklauf auf die exportstarken Branchen, die bisher am wenigsten von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Daß eine Mehrnachfrage bei ihnen schnell zu Beschäftigung in den stukturschwachen Bereichen führt, ist nicht nachweisbar. Um Aufträge für die Fußkranken zu sichern, müßte das BMZ die Lieferbindung verstärken und sich damit von einem der wichtigsten Prinzipien seiner bisherigen Politik verabschieden. Außerdem überschätzt das BMZ offensichtlich die Geschwindigkeit der Auftragsrealisierung. Konjunkturpolitische Maßnahmen müssen schnell greifen. Die Identifizierung von Kapitalhilfeprojekten und die Prüfung der Kreditfähigkeit aber nimmt Monate in Anspruch.

Schließlich bleibt zu fragen, ob den Entwicklungsländern und dem BMZ mit einer einmaligen Erhöhung der Mittel gedient ist. Die langfristig orientierte Entwicklungspolitik ist für solche kurzfristigen Schlenker nicht geeignet. Sie sollte ihre Aktivitäten vielmehr auf die kontinuierliche Ausweitung ihres Finanzierungsspielraums ausrichten. Die für 1978 angekündigte Erhöhung des Haushalts um fast 20 % und der vermehrte Einsatz von Mitteln des Kapitalmarkts sind dazu besser geeignet als Konjunkturspritzen. ke

Konjunkturpolitik

Programmierter Mißerfolg

Das erzwungene Warten auf die jüngsten konjunkturpolitischen Entscheidungen des Koalitionskabinetts scheint zumindest Bundeswirtschaftsminister Friderichs zu neuen Erkenntnissen inspiriert zu haben. Auf dem nordrhein-westfälischen Parteitag der Liberalen „prophezeite“ er Anfang September, daß die notwendigen Wachstumsimpulse nicht über eine Ausweitung der öffentlichen Ausgaben erreicht werden könnten, was sich im übrigen am Investitionsprogramm vom Frühjahr deutlich gezeigt habe. In der Tat werden diese Mittel erst jetzt nachfragewirksam. Es ist sogar fraglich, ob bis Ende des Jahres – wie vorgesehen – drei bis vier Mrd. DM in Aufträge umgesetzt werden.

Allerdings war es von Anfang an kein Geheimnis, daß mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden Schwierigkeiten verbunden sind, die eine kurzfristige Wirksamkeit, wie sie die Regierung nun für erforderlich hält, nahezu unmöglich macht. Es gab zu keiner Zeit genügend Schubladenprogramme, nicht zuletzt wegen der bewußten Einsparung von Planungspersonal. Man wußte auch, daß einige Länder und die meisten Gemeinden nur mit Mühe die entsprechenden Komplementärmittel würden bereitstellen können. Schließlich kosten auch die Baugenehmigungsverfahren großer Projekte Zeit.

Dennoch sprach damals der Regierungssprecher von einem „Auftragsstoß“ noch in diesem Jahr, ohne daß ihm Friderichs widersprochen hätte. Man fragt sich nun mit Recht, welche *neuen* Erkenntnisse über die Wirkungsmechanismen öffentlicher Investitionen es denn waren, die den Wirtschaftsminister jetzt plötzlich zu einer anderen Auffassung gelangen ließen. Gänzlich unverständlich ist es aber, wenn der Minister dann auch noch zum ordnungspolitischen Rundumschlag gegen die Möglichkeiten des Staates schlechthin ausholt und in diesem Zusammenhang feststellt, „... daß staatlichem Handeln offensichtlich Grenzen gesetzt sind“.

Innerdeutscher Handel

Geringe Impulse

Von der diesjährigen Leipziger Herbstmesse sind für die rund 650 teilnehmenden Unternehmen aus der Bundesrepublik keine wesentlichen Absatzimpulse im innerdeutschen Handel zu erwarten. Der Schuldenstand gegenüber der Bundesrepublik in Höhe von gegenwärtig etwa 2,55 Mrd. DM ist für die DDR-Außenhändler Anlaß, ihre Order-tätigkeit auf das Nötigste zu beschränken. Damit werden die Lieferungen der Bundesrepublik trotz der aus dem Chemieanlagenverkauf der Hoechst AG und den regelmäßig im Dezember zu erwartenden Konsumgüterkäufen resultierenden Umsatzerweiterungen nicht wesentlich über dem Halbjahresplus des Jahres 1977 in Höhe von 2,8% liegen. Einer Belebung der Käufe in der Bundesrepublik steht entgegen, daß andere westliche Länder der DDR Kredite in Höhe von 1 Mrd. DM eingeräumt haben sollen, die für Käufe in diesen Ländern Verwendung finden sollen.

Die Anstrengungen der DDR, die innerdeutsche Handelsbilanz von der Lieferseite her zu verbessern, führten im ersten Halbjahr 1977 mit einem Plus von nur 0,3% zu einem unbefriedigenden Ergebnis. Die schwache Investitionsgüternachfrage aus der Bundesrepublik, insbesondere aber

auch das schmale Liefersortiment wirkten sich verschlechternd auf die Lieferstruktur der DDR aus. So fiel der Anteil der Investitionsgütererzeugnisse um 4,6% auf 9,8% der DDR-Lieferungen (Vorjahr 10,4%) zurück. Die Aufrechterhaltung des Vorjahresniveaus der gesamten Lieferungen ist fast allein auf die vor allem für Westberlin bestimmten Mineralöllieferungen (plus 14%) zurückzuführen. Trotz dieser wenig befriedigenden Situation stellte SED-Generalsekretär Honecker die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten als Vorbild für andere Bereiche heraus – wohl wissend, daß die DDR bei aller politischen Abgrenzung wirtschaftlich nicht auf die Bundesrepublik verzichten kann.

EG

Problematische Süderweiterung

Die Diskussion um die Erweiterung der EG ist an der Öffentlichkeit der Neunergemeinschaft bis Mitte des Jahres weitgehend vorbeigegangen. Durch den im Juli vom spanischen Außenminister Oreja in Brüssel beim amtierenden Präsidenten des EG-Ministerrats Simonet abgegebenen formellen Antrag auf Beitritt Spaniens zur Gemeinschaft hat sich jedoch eine lebhafte Diskussion um die Vor- und Nachteile entwickelt.

Insbesondere die Interessenvertreter der französischen und italienischen Landwirte sind an die Öffentlichkeit getreten, um vor den Folgen eines spanischen Beitritts für ihre Landwirtschaft zu warnen. Franzosen und Italiener befürchten, daß der spanische Wettbewerbsdruck bei Wein, frischem Obst und Gemüse, Tabak und Olivenöl zu großen Problemen führen wird. So hat denn auch der französische Außenminister Guiringaud eine Neuformulierung der Marktordnungen bei diesen Produkten zur Bedingung von Beitrittsverhandlungen mit Spanien gemacht.

Sofern diese Forderung dazu angetan ist, die zu erwartende Überschußproblematik in den Griff zu bekommen, ist dagegen nichts einzuwenden. Durch die Einbeziehung Spaniens, Griechenlands und Portugals erhöht sich nämlich der Selbstversorgungsgrad der EG bei Zitrusfrüchten von 41% auf ca. 130%, bei Olivenöl von 79 auf ca. 100%, bei Frischgemüse von 94 auf ca. 100% sowie bei Tomaten von 83 auf ca. 110%. Es ist aber zu befürchten, daß die französische Forderung dazu geeignet ist, den Kern des Agrarproblems nicht anzupacken, sondern vielmehr dazu führen soll, nunmehr auch die Marktordnungen mediterraner Agrarerzeugnisse dem bei anderen Produkten, wie zum Beispiel auf dem Milchmarkt, bereits herrschenden Protektionsgrad anzugleichen.